Kantonsrat Zürich | Parlamentsdienste

Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 30. Oktober 2026

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 2. November 2026
Fokusthema: **Finanzen**

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag zunächst mit der Abschreibung eines Postulats zu Steuergutschriften für Unternehmen und einem Beitrag an die Aufwertung des römischen Gutshofs Seeb befassen. Anschliessend stehen Vorstösse auf der Traktandenliste, welche die Finanzdirektion betreffen. Dabei geht es unter anderem um unterschiedliche Steuerfüsse für Unternehmen und Privatpersonen, die steuerliche Gleichbehandlung von Eltern, Open-Source-Software und die Beteiligung des Kantons an der Schweizerischen Nationalbank.

Postulat zu Steuergutschriften für Unternehmen abschreiben
Rasch behandelt werden dürfte am Montag das Postulat betreffend «Anerkannte auszahlbare Steuergutschrift». Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, dieses als erledigt abzuschreiben (KR-Nr. 272/2023). Mit dem Postulat von FDP, SVP und GLP wurde der Regierungsrat eingeladen, Steuergutschriften für Unternehmen zu prüfen, die der OECD-Mindestbesteuerung unterstehen. In seinem Bericht wies der Regierungsrat auf praktische Herausforderungen hin. So stünden die definitiven OECD-Regeln noch nicht fest. Deshalb sei auch unklar, ob andere Staaten die geforderten Steuergutschriften als Versuch einer Umgehung der OECD-Mindestbesteuerung beurteilen würden. Für die WAK hat der Regierungsrat mit dieser Bestandesaufnahme den Auftrag erfüllt.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

2,12 Millionen Franken für die Aufwertung des römischen Gutshofs Seeb
Unumstritten dürfte im Rat ein Beitrag von 2,12 Millionen Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds an die Stiftung für Archäologie und Kulturgeschichte im Kanton Zürich (STARCH) sein. Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Beitrag für das Projekt «Seeb XXI. Von der Ruine zum Freilichtmuseum – Aufwertung des Gutshofs Seeb» zu genehmigen (6112). Der römische Gutshof Seeb in der Gemeinde Winkel ist eine der wenigen konservierten römischen Ruinen im Kanton Zürich. Die Stiftung will aus dem im Jahr 50 n. Chr. gegründeten Gutshof einen Erlebnisort für Schulklassen, Familien, Spaziergänger und Velofahrer machen. Der Eintritt bleibt frei. Neben Informationstafeln und Audiodateien sollen sogenannte Stereoskope mit dreidimensionalen Rekonstruktionen den Alltag auf dem Gutshof veranschaulichen. Neu werden auch der Badetrakt und der Töpferofen ganzjährig zu besichtigen sein.

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 700 22 21

Vorstösse zu Open-Source-Software, Steuerfüssen, SNB, Steuern und Subventionen
In der verbleibenden Sitzungszeit wird sich der Kantonsrat mit Vorstössen befassen, welche die Finanzdirektion betreffen. FDP-Kantonsrat Mario Senn fordert mit der Motion betreffend «Ermöglichung unterschiedlicher Steuerfüsse für natürliche und juristische Personen auf Gemeindeebene», dass Gemeinden für Privatpersonen und Unternehmen unterschiedliche Steuerfüsse festlegen können. Damit sollen sie mehr Spielraum erhalten, um ihre steuerliche Attraktivität als Standort für Unternehmen zu verbessern (KR-Nr. 207/2024). Der Regierungsrat beantragt, die Motion abzulehnen.

SP-Kantonsrat Felix Hoesch möchte mit dem Postulat betreffend «Open-Source für den Kanton Zürich analog Art. 9 EMBAG» erreichen, dass der Quellcode von Software, welche die kantonalen Behörden entwickeln oder entwickeln lassen, grundsätzlich öffentlich zugänglich gemacht wird. Ausnahmen sollen insbesondere aus Sicherheitsgründen und zum Schutz der Rechte Dritter möglich sein (KR-Nr. 391/2024). Der Regierungsrat lehnte den ursprünglich als Motion eingereichten Vorstoss ab, zeigte sich aber bereit, das Anliegen als Postulat entgegenzunehmen.

Gleich zwei Motionen von GLP-Kantonsrätin Cristina Cortellini betreffen die steuerliche Gleichbehandlung von Eltern. Mit der ersten fordert sie, dass getrennt besteuerte Eltern volljähriger Kinder in Erstausbildung steuerlich gleichbehandelt werden. Insbesondere sollen die Ausbildungsabzüge und die Anwendung des Verheiratetentarifs angepasst werden (KR-Nr. 65/2025). Mit der zweiten Motion verlangt sie eine gerechtere steuerliche Behandlung von getrennt besteuerten Eltern, die sich die Betreuung ihrer minderjährigen Kinder teilen. Dabei geht es unter anderem um die Aufteilung der Kinderabzüge und die Anwendung des Verheiratetentarifs bei alternierender Obhut (KR-Nr. 66/2025). Der Regierungsrat beantragt, beide Motionen abzulehnen.

Grünen-Kantonsrat Thomas Forrer möchte den Regierungsrat mit dem Postulat betreffend «Strategie für die Beteiligung an der Schweizerischen Nationalbank» auffordern, eine Eigentümerstrategie für die Beteiligung des Kantons festzulegen. Diese soll insbesondere die kantonalen Klimaziele und den Schutz der Biodiversität berücksichtigen (KR-Nr. 91/2025). Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzulehnen. In seiner Stellungnahme verwies die Regierung auf die gesetzlich verankerte Unabhängigkeit der Nationalbank.

Mit einer weiteren Motion verlangt FDP-Kantonsrat Mario Senn die Schaffung einer öffentlich zugänglichen Datenbank, in der sämtliche direkten und indirekten Subventionen des Kantons erfasst werden. Zudem sollen die Finanzhilfen und Abgeltungen regelmässig auf ihre Wirksamkeit überprüft werden (KR-Nr. 171/2025). Der Regierungsrat beantragt, die Motion abzulehnen. Er erachtet das bestehende Staatsbeitragscontrolling als ausreichend.

Schliesslich möchte SVP-Kantonsrat Patrick Walder mit dem Postulat betreffend «Anrechnung Verrechnungssteuer per Fälligkeit der Steuerrechnung» prüfen lassen, ob Rückerstattungsansprüche aus der Verrechnungssteuer künftig bereits per 30. September des Fälligkeitsjahres statt wie bisher grundsätzlich per 31. März des Folgejahres gutgeschrieben werden können (KR-Nr. 319/2025). Damit sollen Zinsnachteile für die Steuerpflichtigen vermieden werden. Der Regierungsrat beantragt, den Vorstoss abzulehnen, da eine solche Regelung gegen Bundesrecht verstossen würde.

Mario Senn (FDP, Adliswil), 079 796 12 04
Felix Hoesch (SP, Zürich), 079 409 05 92
Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon), 079 784 75 24
Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach), 076 576 72 72
Patrick Walder (SVP, Dübendorf), 078 820 33 68

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der Traktandenliste aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Romaine Rogenmoser, Kantonsratspräsidentin, 079 427 11 17
Ronny Nicolussi, Leiter Kommunikation und Medien, 043 259 20 12

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch